

CDU Schleswig-Flensburg • Lollfuß 60 • 24837 Schleswig

Info-Brief 03/2026

Petra Nicolaisen

Kreisvorsitzende

Lollfuß 60
24837 Schleswig

Telefon
04621 3060-96-0

E-Mail
info@cdu-365.de

Schleswig, 27. Feb. 2026

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde der Union,**

es ist jetzt fast drei Wochen her, dass wir unseren Neujahrsempfang am 06.02.2026 in Silberstedt gemeinsam mit vielen engagierten Gästen feiern durften.

Besonders gefreut hat uns der Besuch von Bundesaußenminister Dr. Johann Wadepuhl MdB, Innenministerin des Landes Schleswig-Holstein Magdalena Finke sowie dem stellv. Kommodore des Taktischen Luftwaffengeschwaders 51 "Immelmann", Oberstleutnant Björn Jansen.

Es war ein toller Abend mit guter Stimmung, spannenden Gesprächen und wichtigen politischen Impulsen. Das Schleiblasorchester sorgte für gute Musik.

Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine

Am 24. Februar 2026 jährte sich der russische Überfall auf die Ukraine zum vierten Mal. Zu diesem Jahrestag zeigt der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Frieden und Sicherheit in Europa verteidigen – Solidarität mit der Ukraine zum Jahrestag des russischen Angriffskrieges“ klar Haltung. Wir stehen ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukraine, für Freiheit statt Gewalt, für Recht statt Landraub und für ein starkes Europa, das seine Sicherheit entschlossen verteidigt. Putins Krieg darf keinen Erfolg haben.

Diese Entschlossenheit prägt auch den Blick auf die jüngste Münchner Sicherheitskonferenz. Dort ist deutlich geworden, dass Europa seine Relevanz neu begründen muss, wenn das westliche Bündnis Bestand haben soll. Es geht um Partnerschaft statt Gefolgschaft. Um Stärke statt Abhängigkeit. Europa steht vor einer Richtungsentscheidung. Es kann seinen relativen Bedeutungsverlust verwalten oder den Willen zur Macht entwickeln, der notwendig ist, um seine Interessen zu behaupten. Die Bundesregierung hat sich für Letzteres entschieden. Wir unterstützen dies ausdrücklich. Diesen außenpolitischen Kurs wird der Bundeskanzler in dieser Woche auch bei seiner Reise nach China fortsetzen.

Das Rot/Grüne Heizungsgesetz wird abgeschafft

Die vom Koalitionsausschuss eingesetzte Verhandlungsgruppe hat sich auf Eckpunkte für ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz geeinigt. Das Heizungsgesetz wird damit abgeschafft und durch ein neues Gebäudemodernisierungsgesetz abgelöst. Die 65-Prozent-Regelung wird gestrichen.

Künftig hat der Eigentümer im Falle eines Heizungsaustauschs damit wieder mehr Entscheidungsfreiheit, welche Heizungsoption er wählen möchte.

Die Klimaschutzziele für den Gebäudesektor gelten. Das neue Gesetz wird den Wandel zu klimafreundlichen Heizsystemen unterstützen. Nur die Herangehensweise wird sich ändern: Das neue Gesetz wird technologieoffener, flexibler und praxistauglicher.

Damit beenden wird ein Konflikt um ein Gesetz beendet, das umstritten war und Investitionen gehemmt hat. Die neue Regelung hat sich als zu komplex und wenig praktikabel erwiesen. Das Gesetz wird einfacher und besser gemacht.

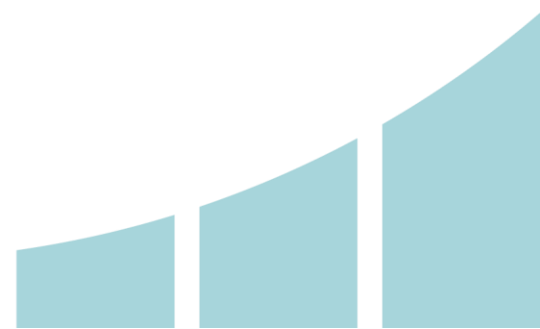
Mit der moderaten Grüngasquote wird ein zusätzliches Instrument geschaffen, das zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich beitragen wird.

Die Bundesregierung stärkt den Ausbau der Fernwärme, den Verbraucherschutz und vereinfacht die kommunale Wärmeplanung für kleine Kommunen.

Die Fraktionen bekennen sich zu einer unbürokratischen Umsetzung der EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie, die keine zusätzlichen gebäudeindividuellen Sanierungsanforderungen für den Gebäudebestand auslösen wird.

Stärkung der privaten Altersvorsorge

Mit der ersten Beratung des **Altersvorsorgereformgesetzes** gelangt die überfällige Reform der dritten Säule der Altersvorsorge, der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge („Riesterrente“), in den Bundestag. Dabei kann Riester wie gehabt mit 100%-Beitragsgarantie und Verrentung zu Beginn der Auszahlungsphase fortgeführt werden. Das Garantieniveau kann auch auf 80% abgesenkt werden, was bereits spürbar höhere Renditechancen ermöglicht. Kern der Reform ist aber die Einführung eines Altersvorsorgedepots ohne Garantien und Verrentungszwang. Hier kann der Sparer selbst oder in Form eines Standarddepots bspw. in günstige, breit diversifizierte Aktien-ETFs investieren. Über Jahrzehnte angelegt sind das Risiko eines Verlustes überschaubar und die Aussicht auf einen signifikanten Vermögensaufbau für breite Schichten der Bevölkerung real. Dazu wird eine attraktive steuerliche Förderung beitragen, ebenso wie die Möglichkeit, über den geförderten Höchstbetrag hinaus Zuzahlungen zu leisten. Der Gesetzentwurf hat damit das Potenzial, dass zukünftig auch deutsche Sparer vermehrt zu Aktionären und Investoren werden.



Aktuelle Stunde der Koalitionsfraktionen – „Verwandtenbeschäftigung bei AfD-Abgeordneten – Bereicherung auf Staatskosten vermeiden, rechtliche Konsequenzen ziehen“

Die Bundesregierung debattiert in dieser Woche die Verwandtenaffäre der AfD. Einmal mehr zeigt sich: Die AfD handelt gegen die Interessen unseres Landes. Die bekannt gewordene, offensichtlich systematisch angelegte Beschäftigung und Scheinbeschäftigung von Familienangehörigen von AfD-Abgeordneten durch andere AfD-Abgeordnete zeigt, was für ein Selbstbedienungsladen diese Partei ist. Die Spitze der AfD ist dafür verantwortlich, in ihren Fraktionen im Bund und in den Ländern aufzuräumen. Der Vorgang offenbart ein bislang in den Parlamenten nicht für möglich gehaltenes Ausmaß an Skrupellosigkeit im Umgang mit den Beschäftigungsverhältnissen von Abgeordneten. Der Bundestag hat schon lange Regelungen, um beispielsweise die Beschäftigung von Ehepartnern auszuschließen. Man ist mit dem Koalitionspartner in Gesprächen zu den einschlägigen Regelungen. Dabei ist klar: Der Missbrauch von Steuergeldern muss wirksam bekämpft werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ihre/Eure

A handwritten signature in blue ink that reads "Petra Nicolai". The signature is written in a cursive, flowing style.